

sollte in Zukunft verstärkt Beachtung finden.

Roland Willner

Politikfelder und Politikimplementationen

Menz, Georg, und Alexander Caviedes (Hrsg.). *Labour Migration in Europe*. Houndsmill, Basingstoke. Palgrave Macmillan 2010. 254 Seiten. 69.99 €.

Anliegen der Herausgeber *Georg Menz* und *Alexander Caviedes* ist es, das Thema Arbeitsmigration in Europa aus zwei nahe liegenden, jedoch selten zusammengeführten disziplinären Perspektiven zu beleuchten: der internationalen politischen Ökonomie (IPÖ) und der Migrationsforschung. In der IPÖ war die (Gastarbeits-)Migration vor allem in den 1970er Jahren Thema, heutzutage finden sich dazu jedoch wenige Publikationen. Für die politikwissenschaftliche Migrationsforschung dürfte es eine Herausforderung sein, dass der Blick auf den Staat als Gestalter von Migrationspolitik nicht (mehr) ausreicht, denn viele ArbeitsmigrantInnen kommen nicht über vom Staat kontrollierte Wege, sondern beispielsweise über die Intraunternehmensmobilität, die durch das General Agreement on Trade and Services der Welthandelsorganisation geregelt ist, oder sie leben und arbeiten unautorisiert. Das leitende Erkenntnisinteresse des Buches ist somit, dem Wandel von Mustern in der Arbeitsmigration auf die Spur zu kommen. Als erklärungsbedürftig werden erachtet: die sich ausweitende Anwerbung von Hochqualifizierten in Industriestaaten, Europäisierungseffekte wie die Dienstleistungsfreizügigkeit und

Veränderungen in den südlichen Mitgliedsstaaten, die Frage wie nationale und europäische Formen des Migrationsmanagement begründet und umgesetzt werden sowie der Umgang mit irregulärer Migration.

Im ersten Teil sind konzeptionelle Einschätzungen zur Rolle von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften verzamelt. Eine der aufgeworfenen theoretischen Fragen besteht darin, ob sektorale Tendenzen in der Arbeitsmigration und Migrationspolitik bestimmend sind oder ob vielmehr die nationalstaatliche politische und ökonomische Konfiguration entlang der Typen des Varieties of Capitalism-Ansatzes (VoC) entscheidend ist. Der VoC-Ansatz unterscheidet zwischen liberalen und koordinierten Marktwirtschaften. *Georg Menz* testet die vom VoC-Ansatz ausgehenden These, dass sich die Interessen und Positionen von Arbeitgeberverbänden bezüglich Migrationspolitiken gemäß den Besonderheiten nationaler Produktionssysteme artikulieren (25, 31). Demnach kann erwartet werden, dass sich nicht alle Arbeitgeberverbände gleichermaßen für liberalere Arbeitsmigrationsregelungen einsetzen, sondern ihre spezifischen Forderungen (nach beispielsweise un- oder hochqualifizierten MigrantInnen) je nach System, in dem sie eingebettet sind, unterscheiden (28). Er muss nach einem knappen empirischen Durchgang durch die für den VoC-Ansatz als idealtypisch geltenden Fälle Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Polen feststellen, dass sich die Ausgangsthese nicht halten lässt. Dieser Befund spricht für den von *Alexander Caviedes* gewählten Ansatz, sich die Sektoren näher anzusehen, in denen viele MigrantInnen beschäftigt sind. So kann er nachweisen, dass in den beiden Sek-

toren Informationstechnologie und Restaurant/Hotel/Tourismus ländergrenzenübergreifende Trends sowohl der Beschäftigung als auch der politischen Regulation vorherrschen. *Torben Krings* hingegen beobachtet eine länderüberspannende Konvergenz der gewerkschaftlichen Positionierung gegenüber Arbeitsmigration. Gewerkschaften in Österreich, Großbritannien, Deutschland und Irland befürworten legale Einreisoptionen und definierte Rechte für ArbeitsmigrantInnen. Allerdings wäre für eine verallgemeinernde Aussage die Einbeziehung von zum Beispiel Frankreich, Spanien oder Italien wichtig gewesen, da sich in diesen Ländern die gewerkschaftliche Organisation und Parteinahme für ArbeitsmigrantInnen deutlich von denen der untersuchten Länder unterscheidet.

Der zweite Teil nimmt Europäisierungseffekte in den Blick. Einen knappen empirischen Überblick über Mobilitätsbewegungen innerhalb des erweiterten Europas – als „Migration 1. Klasse“ (127) – geben *Ettore Recchi* und *Anna Triandafyllidou*. Das Recht auf Freizügigkeit habe sich sowohl ausgeweitet als auch vertieft. Allerdings führe die EU-Erweiterung nicht dazu, dass sich die Situation für Erwerbstätige aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten verbessere. Prekäre Arbeitsmarktbedingungen „übertrumpfen weiterhin EU-Bürgerrechte und verwandeln paradoxerweise mobile EU-Bürger wieder in Migranten“ (145).

Der dritte Teil zum Outsourcing von Migrationsmanagement besteht nur aus einem Beitrag, obwohl dieses ein neues und wichtiges Phänomen ist. *Georg Menz* vertritt die These, dass Privatisierung und Outsourcing in den Ländern am stärksten ist, deren Neoliberalisierung am weitesten fortgeschrit-

ten ist. Der neoliberale Staat gibt seine Migrationspolitik jedoch nicht auf, sondern beauftragt private Firmen mit der Durchführung von Abschiebungen oder dem Unterhalt von Sammelunterkünften für Asylantragstellende.

Im letzten Teil schließlich nähert sich das Buch thematisch dem Phänomen der irregulären Migration. *Michael Samers* beabsichtigt, am Beispiel von Italien und Frankreich zur Erklärung beizutragen, warum Staaten repressiv auf undokumentierte Migration und informelle Erwerbsarbeit reagieren und sie gleichzeitig hervorbringen. Dazu bezieht er sich auf in der Migrationsforschung verbreitete Erklärungsmuster wie die Rolle von organisierten Interessen oder die strukturellen Nachfrage nach „günstigen“ Arbeitskräften und führt diese in die politökonomische Diskussion ein. *Willem Maas* schließlich analysiert Regularisierungsprogramme in südeuropäischen Staaten. Diesen Programmen liege kein Konzept des Migrationsmanagements zugrunde, sondern sie seien motiviert durch eine Mischung aus humanitären und arbeitsmarktpolitischen Erwägungen.

Die Stärke des Bandes ist es, mit analytischen Instrumenten der vergleichenden politischen Ökonomie aktuelle Entwicklungen der Arbeitsmigration zu betrachten. Allerdings geraten vermutlich durch die konzeptionelle Privilegierung von etablierten Akteuren unter anderem im VoC-Ansatz einige Entwicklungen aus dem Blick, in denen sowohl empirische als auch theoretische Innovationen zu verzeichnen sind: Erstens die Frage von Migration und Geschlecht und der geschlechtlichen Segregation von Arbeitsmärkten. Hier wäre es relevant gewesen, die Behauptung der „neuen“ Feminisierung der

Migration kritisch zu hinterfragen. Zweitens finden sich weder theoretische noch empirische Hinweise auf neuere Ansätze in der gewerkschaftlichen Organisation von MigrantInnen bzw. Ansätze der außergewerkschaftlichen Mobilisierung um Arbeitskonflikte. Es werden vielmehr ausschließlich die traditionellen Gewerkschaften als die relevanten Akteure gesetzt. Die Diskussion um neue *organizing*-Modelle hat ihren Anfang in den USA genommen, spielt mittlerweile in den meisten europäischen Ländern – angefangen von Spanien, Italien, Frankreich und Griechenland bis hin zu neueren Entwicklungen in Großbritannien und Deutschland – eine Rolle. Die Relevanz ist insbesondere auch dadurch gegeben, dass sich auch die traditionellen Gewerkschaften mit den neuen Ansätzen auseinander setzen und ihre eigenen Praktiken verändern. Insgesamt gibt der Band jedoch einen guten vergleichenden Überblick über aktuelle Trends der Arbeitsmigration in Europa und deren theoretische Einordnung.

Helen Schwenken

Internationale Beziehungen

Hurd, Ian. *International Organizations: Politics, Law, Practice*. Cambridge. Cambridge University Press 2011. 282 Seiten. 26 €.

Hurds Lehrbuch führt auf anschauliche Weise in die Politik und Regeln internationaler Organisationen (IO) ein. Zehn der bedeutendsten Organisationen – die Welthandelsorganisation (WTO), der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Vereinten Nationen (VN), die Europäische Union

(EU), der Internationale Gerichtshof (IGH) der Internationale Strafgerichtshof (IStGH), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Afrikanische Union (AU) und der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) werden in acht Kapiteln (Kap. 3 - 10) dargestellt und vor allem auf ihre politische Autorität gegenüber Staaten durchleuchtet. Das Analyseraster, das *Hurd* hierbei anlegt, ist untergliedert nach Regeln und Verpflichtungen („obligations“), Mitteln zur Gewährleistung staatlicher Regelbefolgung („compliance“) sowie Sanktionsmöglichkeiten im Falle von Regelverletzungen („enforcement“). Abgerundet werden die IO-Darstellungen jeweils durch aktuelle Fallbeispiele, wie etwa die Darfur-Krise als Anschauungsmaterial für die Sicherheitspolitik der Vereinten Nationen. Ferner sind jedem Kapitel ein Annex mit Auszügen aus den wichtigsten Rechtsdokumenten der IO und einige Diskussionsfragen angefügt.

Der Autor verschreibt sich somit einem „legalistischen Zugriff“ (12) auf den Gegenstand und hebt die völkerrechtliche Dimension von IO hervor. Das Dilemma internationaler Organisationen, Autorität immer nur abhängig von staatlicher Zustimmung ausüben zu können, macht den gedanklichen Fluchtpunkt des Buchs aus, das bewusst an der Schnittstelle zwischen den Disziplinen Völkerrecht und Internationale Beziehungen operiert. Formale Regeln und Gründungsdokumente, so *Hurd*, müssten am Beginn jeder Befassung mit IO stehen, sowohl für den Praktiker, als auch für die Forscherin. Legalismus heißt freilich nicht Formalismus, vielmehr wird IO-Recht als zentraler Gegenstand politischer Auseinandersetzungen in einer stets umkämpften Rechtspraxis begriffen.